

Peege, Hans (EWZ)

Plan des Durchschleusungsapparates der EWZ

(18.10.40)¹

Die Einwandererzentralstelle ist eine Reichsbehörde der allgemeinen und inneren Verwaltung, zu der andere Reichsverwaltungszweige, wie z.B. Reichministerium des Inneren, Chef der Ordnungspolizei, Reichsarbeitsministerium, Reichsnährstand, Reichsbank, DRK, RuS = Hauptamt, Abordnungen zur Erfüllung der zustehenden [!] Aufgaben entsenden.

Im Arbeitsgang, der durchschnittlich 3-4 Stunden dauert und den man als „Durchschleusung“ bezeichnet, wird der Umsiedler durch 7-9 Dienststellen geführt, die sich nach sachlichen Notwendigkeiten aneinanderreihen.

1. Die Meldestelle führt die Meldepolizeiliche Erfassung durch. Die genaue Personalien der Umsiedler werden durch Beamte auf Karteikarten vermerkt und Abzüge der Karteikarten den nachfolgenden Stellen zur Auswertung zugeteilt.
2. In der Ausweisstelle werden die Ausweise vorbereitet und die zur Personalbeschreibung notwendigen Angaben ermittelt.
3. In der Lichtbildstelle werden von jedem Umsiedler Lichtbilder angefertigt, von denen Abzüge für den Rückkehrerausweis und für die Karteikarten der Gesundheitsstelle, der Rasse und Siedlungsstelle sowie der Berufseinsatzstelle bestimmt sind.
4. Die Vermögensstelle ermittelt das mitgebrachte und zurückgelassene Vermögen der Umsiedler. In Verbindung mit ihr stand (z.Zt. sind die Vermögensstellen aufgehoben) eine Verbindungsstelle der Reichsbank. Gleichzeitig wurden devisa- und zollrechtliche Fragen erledigt.
5. In der Gesundheitsstelle folgt die gesundheitliche, erbbiologische und rassische Begutachtung der Umsiedler, möglichst gesondert nach Familien durch den Reichsgesundheitsführer

¹ Plan Peege 18.10.40, EWZ-Ordner 1, BDC. Den Hinweis auf dieses Schriftstück verdanke ich George Leaman. Für die Mitwirkung an der Publikation danke ich Ike de Pay und Ulrich Schermaul. - Peege gehörte zum Führungsstab Litzmannstadt der EWZ beim Chef der Sipo und des SD. Vermutlich ist er identisch mit dem im Umkreis von Alfred Petrau wirkenden „Schüler“ Dr. Hans Peege. Da er in den EWZ-Akten aber stets nur als Dr. Peege geführt wird, lässt sich das aber auch bezweifeln.

gestellte Ärzte, in erster Linie SS-Ärzte sowie durch Eignungsprüfer des R.u.S. Hauptamtes. – Durch Nachforschungen über die gesundheitlichen Verhältnisse in der gesamten Sippe, durch ärztliche Untersuchungen, durch eine Röntgenaufnahme des Oberkörpers und durch eine Eignungswertung wird ein möglichst umfassendes Bild des gesamten körperlichen Zustandes geschaffen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist für die Einbürgerung *und* den Berufseinsatz mitbestimmend.

6. Die Staatsangehörigkeitsstelle hat eine Aufgabe, die Einbürgerungsanträge der Umsiedler entgegenzunehmen und über sie zu entscheiden sowie alle Fragen, die das Staatsangehörigkeitsverhältnis der Umsiedler betreffen, zu klären. Bei der Einbürgerung legt die Staatsangehörigkeitsstelle ihre Entscheidung sämtliche erreichbaren Urkunden über Abstammung und Volkstumszugehörigkeit zugrunde. Sie bedient sich der ständigen Mitarbeit sachkundiger Volkstumsreferenten aus dem Kreis der Umsiedler. In Zweifelsfällen wird die Entscheidung ausgesetzt und der Antragsteller an die Einbürgerungsbehörde seines zukünftigen Niederlassungsortes verwiesen (Verweisungsbescheid).
7. Die Berufseinsatzstelle ermittelt durch Prüfung der beruflichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Fähigkeiten der Umsiedler, an welcher Stelle der Einsatz am zweckmässigsten erfolgen soll. Das Ergebnis der Befragung des Umsiedlers wird auf eine Karteikarte festgelegt. Die Karteikarte (AK-Karte) enthält neben den Personalangaben aller zur Herdhaltung gehörenden Familienangehörigen und Gesindekräfte Angaben über das mitgebrachte und zurückgelassene Vermögen, bisherige Betriebsgrösse und -art sowie ausserdem die Ergebnisse der Untersuchung der Gesundheitsstelle und der Staatsangehörigkeitsstelle sowie das Urteil des Sachverständigen des Reichsnährstandes. Die Karteikarte der Berufseinsatzstelle enthält somit alle Merkmale für den Einsatz des Umsiedlers und bildet eine Zusammenfassung aller durch die Einwandererzentralstelle getroffenen Feststellungen.
8. Die Statistische Stelle verwertet die Ergebnisse der Durchschleusung zu einer statistischen Gesamterfassung.

**Zweigstellen der Einwandererzentrale
mit Gründungs- und Auflösungsdatum**

11.	Oktober	1939	Errichtung der EWZ
12.	Oktober	1939	Errichtung der EWZ-Dienststelle Gotenhafen
22.	Oktober	1939	Erste Durchschleusung von Baltendeutschen
1.	November	1939	Die Dienststelle Gotenhafen wird Nebenstelle
1.	November	1939	Errichtung der EWZ-Dienststelle in Posen
7.	November	1939	Errichtung der EWZ-Dienststelle in Stettin
14.	November	1939	Errichtung der EWZ-Dienststelle in Schneidemühl
1.	Dezember	1939	Auflösung der EWZ-Dienststelle in Gotenhafen
1.	Dezember	1939	Errichtung der EWZ-Nebenstelle Litzmannstadt
15.	Januar	1940	Ausbau der Nebenstelle Litzmannstadt zur Zentralstelle
10.	Februar	1940	Errichtung eines Führungsstabes in Berlin
15.	Februar	1940	Auflösung der Nebenstelle in Schneidemühl
23.	März	1940	Auflösung der Nebenstelle in Stettin
1.	Juni	1940	Beginn der Durchschleusung im Generalgouvernement östlich der Weichsel
23.	Juli	1940	Errichtung der EWZ-Nebenstelle Pirna
31.	Juli	1940	Abschluss der Durchschleusung östlich der Weichsel im Generalgouvernement
15.	August	1940	Beginn der Durchschleusung im Generalgouvernement westlich der Weichsel
28.	August	1940	Rückverlegung des Führungsstabes von Berlin nach Litzmannstadt
28.	August	1940	Errichtung der EWZ-Verbindungsstelle Berlin
2.	September	1940	Errichtung der EWZ-Verbindungsstelle Krakau
6.	September	1940	Errichtung des EWZ-Kommandos Galatz (Rumänien)
6.	September	1940	Errichtung des EWZ-Kommandos Belgrad
13.	September	1940	Auflösung der EWZ-Nebenstelle Pirna
25.	September	1940	Errichtung des Kommandos Sanok
17.	Oktober	1940	Errichtung der EWZ-Verbindungsstelle Kattowitz